A5NEU2 Mindestlohn für alle

Antragsteller*innen:
Tagesordnungspunkt: 4. Anträge

Antragstext

Die Grüne Jugend Schleswig-Holstein sieht es als klaren Wert, dass jede*r ein eigenverantwortliches und selbstbestimmtes Leben führen kann. Die Gesellschaft muss dafür die Möglichkeiten bieten. Gerade Menschen mit Behinderungen, die in den Werkstätten arbeiten, müssen für ihre Arbeit gerecht entlohnt werden.

Wir, die Grüne Jugend Schleswig-Holstein, fordern daher an die Abgeordneten der Kommunalparlamente, des Landtages und des Bundestages:

- Einführung des Mindestlohns für alle Beschäftigten in Behindertenwerkstätten. Nur so geht selbstbestimmtes Leben.
- Chancen für den Übergang in den gewöhnlichen Arbeitsmarkt: Aktuell haben ganz wenige Menschen mit Behinderungen die Chance auf den Übergang in den ersten Arbeitsmarkt. Deshalb muss es noch klarere Fördermöglichkeiten geben.
- Die Betreiber*innen der Behindertenwerkstätten finanziell so zu unterstützen, dass sie nicht mehr wie ein Wirtschaftsunternehmen agieren müssen. Nur so verhindern wir, dass die Behindertenwerkstätten auf Druck der Auftraggeber*innen geringe Gehälter zahlen.

Begründung

Das momentane Durchschnittsgehalt für Beschäftigte in Behindertenwerkstätten liegt bei ungefähr 1,50 Euro pro Stunde. Damit haben die Beschäftigten weder eine Chance auf ein Leben in Eigenregie noch auf eine Perspektive in der Zukunft. Für die Grüne Jugend ist jedes Leben gleich viel wert, doch schaut man auf das momentane Durchschnittsgehalt, sieht die Lage dort anders aus: Hier wird die Arbeit von Behindertenwerkstätten weniger wertgeschätzt als die Arbeit anderer Menschen. Das müssen wir ändern - sofort. Wir fordern daher Perspektiven für alle Menschen.

Auch die Betreiber der Behindertenwerkstätten müssen finanziell stärker unterstützt werden. Nur weil sie wie Wirtschaftsunternehmen denken müssen, müssen sie ihre Arbeit billiger anbieten als Konkurrenzunternehmen, und damit haben sie wegen des geringen Stundengehalts für ihre Beschäftigten einen klaren Vorteil in der Marktwirtschaft. Dieses Verhalten muss schleunigst gestoppt werden: Diese Menschen dürfen nicht ausgebeutet werden. Wir müssen daher die Betreiber entlasten.